



*Wahl*  
**Programm**  
*der Parti Socialiste*  
für die Wahlen am 9 Juni 2024

Deutsch

#PS2024 PROGRAMME #PS2024 PRO  
4 PROGRAMME #PS2024 PROGRAMM  
#PS2024 PROGRAMME #PS2024 PRO  
4 PROGRAMME #PS2024 PROGRAMM  
#PS2024 PROGRAMME #PS2024 PRO

Übersicht

## **Programm für die Wahlen am 9. Juni 2024**

### **DIE KERNPUNKTE DES PROGRAMMS DER PS**

Der Klimawandel, weltweite Epidemien, Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Osten Kongos – die Nachrichten sind von großen Spannungen und Gefahren geprägt. Auch wenn diese Gefahren weit entfernt zu sein scheinen, beeinflussen sie dennoch unser tägliches Leben, unsere Gesundheit, die Lebenshaltungskosten, die Beschäftigung und unsere Umwelt.

Unter diesen schwierigen Umständen möchten wir als Sozialdemokraten und Sozialisten unseren Willen bekräftigen, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und sie in ihrem Alltag zu unterstützen, ihnen zu helfen, Schwierigkeiten zu bewältigen und ihre Träume sowie Pläne zu verwirklichen.

In solch herausfordernden Zeiten ist es wichtiger denn je, vorausschauend zu handeln, zu planen und sich auf die Zukunft vorzubereiten, um sie aktiv zu gestalten, statt sie nur hinzunehmen.

Die zentrale Rolle des Staates und der Sozialversicherung müssen erneut hervorgehoben werden. Ohne sie können persönliche und kollektive Krisen nicht bewältigt, die Schwächsten nicht unterstützt und Ungleichheiten nicht abgebaut werden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Mensch im Zentrum aller Überlegungen stehen muss. Wir dürfen nicht vergessen, dass es Aufgabe der Wirtschaft ist, sich an unsere Grundbedürfnisse und die natürlichen Grenzen anzupassen, und nicht umgekehrt.

#### **Modernisierung unseres Föderalstaates**

2030 feiert Belgien sein zweihundertjähriges Bestehen. 2030 wird auch das 50-jährige Bestehen des belgischen Föderalstaates gefeiert. Die PS hat stets den Föderalismus unterstützt, der auf der Stabilität eines Föderalstaates basiert, der aus einer föderalen Regierung und föderierten Verwaltungseinheiten besteht.

Die PS stand an vorderster Front bei der Schaffung der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Föderation Wallonie-Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Für die PS muss der belgische Föderalismus auf einer starken föderalen Regierung und auf der Grundlage von vier Regionen beruhen. Das auf vier Regionen basierende Modell bedeutet nicht das Ende der Föderation Wallonie-Brüssel, die das kulturelle Bindeglied für alle Französischsprachigen darstellt. Es zielt darauf ab, die föderierten Verwaltungseinheiten auf der Grundlage ihrer territorialen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Die Leitprinzipien basieren auf einer nationalen und zwischenmenschlichen Solidarität, der Berücksichtigung territorialer und kultureller Gegebenheiten, der Selbstverwaltung und einer Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten.

Die PS widersetzt sich der Vision der Konföderation, die von einigen Parteien in Flandern vertreten wird und die darauf abzielt, unserem Land ein Ende zu setzen. Die PS bekräftigt, dass Belgien als föderaler Staat im Jahr 2030 weiterhin bestehen wird. Die PS ist nicht an einer neuen Staatsreform und an ständigen institutionellen Debatten interessiert, die nicht auf die Sorgen der Bürger eingehen. Sollte eine institutionelle Debatte erforderlich sein, wird sie das Ziel haben, unser föderales Modell zum Nutzen aller belgischen Bürger effizienter, einfacher und transparenter zu gestalten.

### **Für die PS bilden folgende Prinzipien die Grundlage einer Staatsreform:**

- Die Beibehaltung unserer föderalen Sozialversicherung, die das Herzstück der Solidarität zwischen allen Bürgern im Norden und im Süden des Landes bildet und ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Ungleichheiten darstellt;
- Die Rechenschaftspflicht für getroffene Entscheidungen. Wenn eine Entscheidung getroffen wird, muss eine Verwaltungseinheit die Verantwortung für die Auswirkungen auf andere übernehmen. Die Regierung Michel hat auf föderaler Ebene Entscheidungen getroffen, die erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung der Regionen und lokalen Gebietskörperschaften hatten. Die PS lehnt diese Art von Entscheidungen ab;
- Eine klarere Gliederung der Zuständigkeiten zwischen den frankophonen Institutionen. Frühere Staatsreformen haben zu einer ungleichmäßigen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den frankophonen Verwaltungseinheiten geführt. Dies kann zu einer mangelnden Transparenz für die Bürger führen. In den sogenannten geteilten Politiken, d. h. den Politiken, die sich auf mehrere Teilgebiete erstrecken, kann ein Mangel an Antworten bezüglich der Bedürfnisse der Bürger und der territorialen Gegebenheiten bestehen. Ausgehend von dieser Feststellung schlägt die PS vor, die Koordination zwischen den föderalen frankophonen Verwaltungseinheiten zu verstärken, die Zuständigkeiten kohärenter zu verteilen und die Föderation Wallonie-Brüssel auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren, d.h. Kultur, Bildung, Hochschulbildung, Medien und Audiovisuelles. In Bezug auf die anderen Zuständigkeiten geht es darum, zu bewerten, inwieweit Übertragungen in Betracht gezogen werden können, und die technische, rechtliche und budgetäre Umsetzbarkeit zu analysieren, die Auswirkungen auf die Akteure zu messen und eine Vereinfachung der Strukturen und der Staatsführung zu erreichen;
- Eine bessere Berücksichtigung der territorialen Gegebenheiten. Ziel muss es sein, eine umfassende Betrachtung des Systems der Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Föderalstaat und den föderierten Verwaltungseinheiten sowie zwischen den föderierten Verwaltungseinheiten untereinander vorzunehmen und dabei die territorialen Gegebenheiten besser zu berücksichtigen. Die Lösung lässt sich nicht auf Dezentralisierung und erneute Föderalisierung beschränken, sondern kann auch in

einer besseren Berücksichtigung der territorialen Gegebenheiten bei der Zuständigkeitsverwaltung gesehen werden;

- Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungseinheiten. Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, dass bei einer Krise, die das gesamte Land schwer trifft, die Klischees über die Anzahl der Minister überwunden werden müssen. Die föderalen Verwaltungseinheiten und die föderale Regierung konnten gemeinsam und schnell handeln, um präventive Maßnahmen zu ergreifen, die Impfung zu organisieren und die Umsetzung der zu treffenden Entscheidungen zu überwachen. Dennoch haben die Koordinationsmechanismen die Notwendigkeit einer Modernisierung aufgezeigt, damit in Krisenzeiten eine schnellere Koordination möglich ist und den Bürgern rasch eine Antwort gegeben werden kann. In diesem Kontext sollte auch über eine Neugestaltung der bestehenden Zuständigkeitsaufteilung nachgedacht werden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt auf ihrem Gebiet über eine beträchtliche Anzahl regionaler Kompetenzen, die ihr seit 1994 schrittweise gemäß Artikel 139 der Verfassung übertragen wurden.

Die PS stimmt der Fortsetzung der Verhandlungen über die Zuständigkeiten zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Regierung der Wallonie zu. Die PS befürwortet zudem eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden föderalen Einheiten und betont die wichtige Rolle der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Bindeglied zwischen der Wallonie und den deutschsprachigen Ländern Europas.

### **Beschäftigung für alle**

Für uns Sozialdemokraten und Sozialisten steht Arbeit im Mittelpunkt unserer Überzeugungen. Wir wollen, dass jede und jeder eine gute, stabile und gerecht entlohnte Beschäftigung finden kann.

Arbeit ist nicht nur ein grundlegender Schlüssel zur Selbstverwirklichung, der es uns ermöglicht, das Beste aus uns herauszuholen, sondern auch ein Mittel, um den Stolz zu empfinden, gebraucht zu werden. Arbeit bildet das Bindeglied zwischen den Menschen und stärkt das Fundament unserer Gesellschaft. Arbeit dient als effektivster Schutz vor Armut und Einsamkeit. Arbeit ist die Grundlage unserer Rechte.

Wir setzen uns daher für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder eine Arbeit entsprechend ihrem/seinem Wissen, ihren/seinen Fähigkeiten und ihrem/seinem Alter finden kann. Eine inklusive Gesellschaft, die allen Menschen eine Arbeit bietet, ohne Diskriminierung jeglicher Art und unter Berücksichtigung individueller Bedürfnisse.

Wir engagieren uns für eine gute Arbeit, die Raum zur Entfaltung bietet, die Zusammenarbeit fördert, Fortschritte anerkennt, bei der sich jede und jeder nützlich und anerkannt fühlt. Eine Arbeit, die es jeder und jedem ermöglicht, Zeit für sich selbst und seine Nächsten zu haben. Eine Arbeit, die Rücksicht auf unsere Fähigkeiten und unsere Gesundheit nimmt.

In diesem Sinne haben wir in jüngster Zeit für Folgendes gekämpft: die Erhöhung des Mindestlohns, den Erhalt von Arbeitsplätzen im Rahmen der Hilfen zur Förderung der Beschäftigung (APE), die Verdopplung des Vaterschaftsurlaubs, die Verabschiedung eines Rechtsstatus für Kunstschaffende, den Schutz von Plattformarbeitern, die Gewährleistung eines universellen Ausbildungsrechts sowie die Möglichkeit, die Arbeitszeit ohne Lohnverlust anzupassen und zu verkürzen.

In den nächsten fünf Jahren werden wir weiterhin für Vollbeschäftigung, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und gute Arbeitsbedingungen kämpfen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir weiterhin für gerechte Löhne und kürzere Arbeitszeiten kämpfen, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende ihrer beruflichen Karriere. Wir wollen die Freiheit, über Löhne und Gehälter zu verhandeln. Wir wollen eine Steuerreform, die niedrige und mittlere Löhne um 300 Euro netto pro Monat anhebt. Wir wollen den Mindestlohn auf 17 Euro pro Stunde erhöhen. Wir wollen eine verbesserte Einkommensgarantie.

Wir streben nach neuen sozialen Rechten: Rechte für jede Arbeitsstunde, für Teilzeitbeschäftigte, Zeitarbeitskräfte, Beschäftigte in der Plattformökonomie, Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus.

Wir werden dafür kämpfen, dass jede und jeder Zugang zu Arbeit hat, durch individuelle Betreuung, die flächendeckende Einführung von Regionen ohne Langzeitarbeitslose, Bildungsmaßnahmen, die zu Emanzipation und Beschäftigung führen.

### **Erhaltung der Gesundheit**

Die Gesundheit ist unser wertvollstes Gut. Wir wollen unser solidarisches Gesundheitssystem schützen. Dieses System, das ein wesentliches Gemeingut ist, bildet die Grundlage unseres Sozialstaats und wurde gemeinsam mithilfe der Krankenkassen, der PS und der Bürger aufgebaut.

Unsere ideologische Priorität liegt darin, den Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung sowohl finanziell als auch geografisch zu gewährleisten. Diesen Wunsch nach einem besseren Zugang zur Grundversorgung werden wir durch die kostenlose Behandlung bei Allgemeinmedizinerinnen und Zahnärztinnen umsetzen.

Wir werden die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals zur obersten Priorität machen, indem wir sowohl finanzielle als auch arbeitsbedingte Aspekte in den Fokus nehmen.

Wir werden einen interföderalen Plan „Autonomie“ verabschieden, um den Herausforderungen der Pflegebedürftigkeit effektiv zu begegnen. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Alternativen zu Heimaufenthalten sowie den Ausbau von Erholungs-, Rehabilitations- und Langzeitpflegeangeboten.

Wir werden die Zukunft des Krankenhaussystems durch eine nachhaltige Finanzierung sichern, die sowohl seine sozialen Aufgaben als auch seine Vernetzung mit anderen Akteuren des Gesundheitswesens berücksichtigt.

Wir werden die Hilfs- und Betreuungsangebote ausweiten, indem wir sie spezifisch auf die Bedürfnisse der Patienten ausrichten. Der Patient muss im Mittelpunkt eines wahrhaftigen „Behandlungspfades“ stehen, der alle Phasen der medizinischen und sozialen Betreuung umfasst.

Wir werden den Präventionssektor stärken, indem wir seine finanziellen Mittel auf das Niveau der internationalen Empfehlungen anheben. So können wir die Gesundheit ganzheitlich betrachten und dabei soziale, klimatische und ökologische Herausforderungen berücksichtigen.

Wir werden den Pharmasektor regulieren, um den Zugang zu innovativen Medikamenten sicherzustellen und die Innovation schrittweise zu „entmarkten“.

Wir werden die psychische Gesundheit auf nationaler Ebene angehen. Die Pandemie hat das Ausmaß der kontinuierlichen Verschlechterung des Zustands der psychischen Gesundheit in unserem Land offenbart und verschärft. Auf allen Ebenen sendet unsere Gesellschaft, angefangen bei den Jüngsten, alarmierende Signale der Erschöpfung aus. Über die bereits in der Legislaturperiode 2019-2024 erfolgte Refinanzierung hinaus ist es unerlässlich, die Anstrengungen zu verstärken und das Angebot an psychischer Gesundheitsversorgung wesentlich zu erhöhen.

Wir werden die Finanzierung unseres Gesundheitsversorgungsmodells, das weltweit als eines der besten anerkannt ist, durch eine jährliche Wachstumsnorm von 3% sichern.

### **Universelle soziale Sicherheit**

Die soziale Sicherheit schützt seit über 75 Jahren vor den Unwägbarkeiten des Lebens: Krankheit oder Invalidität, Behinderung oder Verlust des Arbeitsplatzes. Sie bietet jeder und jedem eine zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sowie eine würdevolle Rente.

In den letzten fünf Jahren haben wir bedeutende Fortschritte erzielt: die Erhöhung der Mindestrente, die Anhebung der niedrigsten Zulagen, die Refinanzierung des Gesundheitswesens, die Abschaffung des Freibetrags auf das Einkommen der Person, mit der man einen Haushalt bildet, und viele weitere.

Diese Rolle muss gestärkt werden. Und sie muss verlängert werden. Bestimmte Bevölkerungsgruppen erhalten aktuell nicht die notwendige Unterstützung.

Denken wir dabei an junge Menschen zwischen dem Ende der Schulausbildung und dem Beginn des Berufslebens. Wir wollen ein Grundeinkommen für junge Menschen, das es 18- bis 25-Jährigen, die nicht mehr bei ihrer Familie wohnen und nicht von den bestehenden

Unterstützungsmaßnahmen profitieren, ermöglicht, eine spezifische Sozialleistung in pauschaler Höhe zu erhalten.

Denken wir dabei an Alleinerziehende, die einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Wir wollen den Zugang zu bestehenden Unterstützungen erleichtern und neue Hilfsangebote schaffen, insbesondere durch die Entwicklung spezifischer Anlaufstellen, die Alleinerziehende betreuen.

Denken wir dabei an Paare, bei denen sich ein Mitglied in Schwierigkeiten befindet und nur teilweise Schutz erhält. Wir wollen dem Statut als Mitbewohner ein Ende setzen, indem wir schrittweise die Höhe aller Zulagen für Mitbewohner schrittweise auf das Niveau der Zulagen für Alleinstehende anheben.

Denken wir dabei an Personen mit unsicheren Arbeitsverhältnissen oder in Teilzeitarbeit. Wir befürworten eine Einkommensgarantie, um ihnen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Denken wir dabei an Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben. Wir weichen nicht von unseren Forderungen nach einer würdevollen Rente ab und wollen die Bedingungen für den vorzeitigen Renteneintritt reformieren, mit der Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren nach 42 Berufsjahren und nach 40 Berufsjahren für Personen in anstrengenden Berufen.

Denken wir dabei an arbeitslose Menschen. Wir wollen ihnen ein würdevolles Einkommen garantieren, das 110% der Armutsgrenze für Sozialleistungen entspricht.

Denken wir dabei an Menschen mit Behinderungen. Wir wollen individuelle oder kollektive Betreuungsangebote, die auf die jeweilige Situation zugeschnitten sind, sowie die universelle Zugänglichkeit zu öffentlichen Dienstleistungen und öffentlichen Verkehrsmitteln.

Denken wir dabei an Senioren. Wir wollen die häusliche Unterstützung stärken, indem wir Hilfeleistungen für Familien und Senioren zugänglicher machen. Wir wollen auch finanziell erschwingliche Pflegeheime durch die Einführung einer Höchstrechnung.

Wir werden weiterhin für universelle Rechte kämpfen, damit niemand zur Prekarität und Unsicherheit verurteilt ist. Damit jeder seinen Weg gehen und seinen Platz in der Gesellschaft finden kann. Damit jeder Mensch, ob in einer Partnerschaft oder nicht, volle und uneingeschränkte Rechte genießt.

### **Der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft**

Wir verfolgen ein Gesellschaftsprojekt, das ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell mit größerem Respekt für den Menschen, die Lebewesen und unseren Planeten beinhaltet.

Wir wollen die Wirtschaft zum Wohle aller einsetzen. Der Mensch muss im Mittelpunkt von Projekten und Aktivitäten stehen. Die Rolle der Unternehmen besteht darin, den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft gerecht zu werden, zum allgemeinen Wohlstand beizutragen und globale Herausforderungen zu bewältigen. Für Sozialdemokraten und Sozialisten müssen diese Herausforderungen im Zentrum des Systems stehen, nicht die Aktionäre und die Geldgeber. In diesem Sinne wollen wir demokratischere Organisationsformen wie die Sozialwirtschaft und das Genossenschaftsmodell weiter vorantreiben.

Wir werden die Gründung von Unternehmen und die Entwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten fördern. Wir wollen all jenen eine verstärkte Unterstützung anbieten, die Arbeitsplätze schaffen, den echten Unternehmern, und insbesondere jenen, die sich um das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer kümmern und sie in ihre Projekte einbeziehen. Öffentliche Unterstützung für Unternehmen wird darauf abzielen, die Anzahl dauerhafter und guter Arbeitsplätze zu erhöhen und den ökologischen und digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten.

Wir werden dem Staat die Rolle des Strategen in der Wirtschaft verschreiben. Der Staat muss die langfristigen Ziele der ökosozialen Planung festlegen. Er muss eine Industriepolitik einführen, die auf die Unterstützung strategischer Sektoren ausgerichtet ist. Er muss die für Entwicklung und Wohlstand entscheidende Infrastruktur ausbauen, indem er eine Politik der Konjunkturbelebung betreibt, eine proaktive Haltung in Bezug auf öffentliche Beteiligungen einnimmt und seine Fähigkeit als Auftraggeber nutzt, das öffentliche Beschaffungswesen zu einem Instrument für eine verantwortungsvolle Wirtschaftsentwicklung zu machen.

Wir werden die Marktwirtschaft stärker regulieren, um Exzesse und Ungleichheiten, die sich natürlicherweise aus ihr ergeben, zu verhindern, und dafür sorgen, dass das öffentliche Interesse über dem Streben nach Profit steht. Der internationale Handel und die Finanzwirtschaft müssen reguliert werden, wobei der Schwerpunkt auf einem harten Kampf gegen Steueroasen liegt. Wir werden die Rechte der Verbraucher schützen, um die Produktqualität zu verbessern, dem geplanten Verschleiß von Produkten ein Ende zu setzen sowie lokale und solidarische Initiativen zu fördern.

Wir werden den digitalen Wandel der Unternehmen begleiten, indem wir durch spezifische Hilfen günstige Rahmenbedingungen für den Einsatz digitaler Technologien entwickeln. Wir werden die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der digitalen Technologien verstärken, insbesondere in künstliche Intelligenz und Cybersicherheit.

Wir werden die Methode zur Messung der Wirtschaftsleistung ändern. Wir werden traditionelle Indikatoren wie das BIP durch Indikatoren ersetzen, die das menschliche Wohlbefinden und die ökologische Nachhaltigkeit messen.

### **Die Erde reparieren**

Die Überschwemmungen im Juli 2021 in der Wallonie forderten 40 Menschenleben und Tausende von Opfern, die alles verloren haben: Haus, Arbeitsplatz, persönliche



Gegenstände und Erinnerungsstücke. Diese Katastrophe hat uns auf grausame Weise daran erinnert, wie dringend wir die Klimakrise angehen müssen.

Wir wollen eine Klimawende, die allen zugutekommt, nicht nur einigen wenigen. Eine Klimawende, die individuelle Anstrengungen unterstützt und auf kollektives Handeln setzt.

Dies ist eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit: Während die Reichsten ohne Rücksicht auf die Umwelt verschmutzen, leiden die Ärmsten unter Luft- und Lärmverschmutzung, Umweltzerstörung oder auch „schlechtem Essen“, was gravierende Auswirkungen auf ihre Gesundheit hat.

Wir plädieren für eine systemische Umgestaltung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modells. Unsere Entwicklung muss im Einklang mit der Natur und den Ressourcen erfolgen und würdevolle Lebensbedingungen für jede und jeden Einzelnen gewährleisten. Wir wollen bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral werden, auf Null-Abfall hinarbeiten, nicht erneuerbare Rohstoffe sparsam nutzen, die Bevölkerung sowie die Biodiversität schützen.

Wir wollen uns von der Logik der übermäßigen Produktion, des übermäßigen Profits und des übermäßigen Konsums lösen, um sowohl die Grundrechte als auch eine nachhaltige Zukunft für unseren Planeten zu gewährleisten. Eine solche Dynamik erfordert eine ökosoziale Planung, bei der die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen und der Schutz der Schwächsten im Vordergrund stehen, während gleichzeitig die Stabilisierung des Klimas, der Ökosysteme und der Ressourcen angestrebt wird.

Durch eine gezielte Planung kann die öffentliche Hand wieder eine führende Rolle bei der Beschleunigung der Klimawende übernehmen, indem sie die Prioritäten für Produktion und Verbrauch festlegt, öffentliche Investitionen und Innovationen steuert und soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten drastisch reduziert.

Wir wollen einen geeigneten Raum, der Menschen und Natur schützt und den wirtschaftlichen Übergang fördert. Die Raumordnungspolitik muss das Gebiet widerstandsfähiger, inklusiver, kreativer und ressourcenschonender gestalten.

Wir wollen eine gerechte Energiewende, die ausnahmslos allen Haushalten positive Perspektiven bietet, indem sie die Dekarbonisierung des Energiemodells mit sozialer Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Generationen und dem Schutz von Ökosystemen und Ressourcen verknüpft. Der Übergang darf keine neuen Verwundbarkeiten schaffen, sondern muss im Gegenteil die Solidarität durch die Entwicklung lokaler Versorgungsquellen, eines diversifizierten Energiemixes, eines widerstandsfähigen und effizienten Netzes sowie eines verantwortungsvollen und fairen Verbrauchs fördern. Wir wollen eine kollektive Wiederaufladung der Energie durch die öffentliche Hand und die Bürger, insbesondere durch einen öffentlichen Stromerzeuger und -versorger auf regionaler Ebene. Wir wollen die Isolierung straßen- oder viertelweise ausbauen, damit alle von der Energiewende profitieren können. Auf europäischer Ebene wollen wir den Strompreis anhand des durchschnittlichen

Produktionspreises festlegen, nicht anhand des Preises für die Produktion der wenigen Gaskraftwerke.

Wir treten für eine faire Mobilität ein, die sich direkt gegen soziale Ausgrenzung richtet. Wir wollen die Mobilität an „Mobilitätsbecken“ statt an Verwaltungsgrenzen anpassen. Wir wollen einen universellen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten, indem wir schrittweise eine vollständige Kostenfreiheit einführen. Wir wollen insbesondere in ländlichen Gebieten dafür sorgen, dass das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln besser auf die Mobilitätsnachfrage abgestimmt ist.

Wir wollen das Land schützen und uns von liberalen Landwirtschafts- und Lebensmittelmodellen lösen, die nicht dem allgemeinen Interesse entsprechen. Wir treten für den Übergang zu einem nachhaltigen Agrar- und Ernährungsmodell ein, das die Gesundheit und das Einkommen der Landwirte schützt und die Gesundheit der Bürger sowie der Ökosysteme bewahrt. Wir werden die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschafts- und Lebensmittelkette verbessern, indem wir den Zugang zu Land erleichtern und eine angemessene Entlohnung für die Landwirte garantieren. Wir werden qualitativ hochwertige, für alle zugängliche Lebensmittel und eine ausgewogene Ernährung fördern.

Wir betrachten Biodiversität, Wasser, Boden und Luft als gemeinsame Umweltgüter. Wir wollen die Abhängigkeit zwischen dem Zustand der Biosphäre und dem menschlichen Leben anerkennen. Wir wollen die Qualität und die Funktionsfähigkeit der Gemeingüter durch Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung und zur Wiederherstellung sicherstellen. Wir wollen eine kollektive Aktion für eine solidarische und gerechte Steuerung und Verwaltung der Gemeingüter in Gang setzen.

Wir werden neue Produktions-, Zucht- und Konsummethode für Tiere fördern. Wir werden kurze, lokale und regionale Kreisläufe bevorzugen, in denen die Qualität der Lebensmittel, der Abbau sozialer Ungleichheiten und die Achtung der Würde der Tiere eine untrennbare Einheit bilden.

### **Das Recht auf Wohnen**

Wir verpflichten uns, die Anstrengungen für eine entschieden solidarische und gerechte Wohnungspolitik fortzusetzen, die jedem eine anständige, saubere, energieeffiziente und bezahlbare Wohnung garantiert und gleichzeitig die soziale Mischung und den Zusammenhalt der Gebiete fördert.

Wir machen Wohnen zu einem Grundrecht. Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die individuelle und kollektive Emanzipation und stellt kein Gut wie jedes andere dar, auch nicht im Hinblick auf das EU-Beihilferecht.

Wir werden eine staatliche Regulierung des Wohnungswesens beschließen. Wohnen als grundlegendes Gut kann nicht allein dem Markt überlassen werden, da dieser nicht in der Lage ist, das Recht auf Wohnen für alle umzusetzen. Wir wollen die Rechte und Pflichten aller durch eine robuste öffentliche Regulierung gewährleisten, und zwar durch

öffentlichen Wohnraum, durch von der öffentlichen Hand verwalteten Wohnraum und durch die Regulierung von privatem Wohnraum hinsichtlich Preis und Qualität.

Wir wollen erschwinglichen Wohnraum. Wohnen als unverzichtbares Lebensgut muss für alle finanziell zugänglich sein. Wir wollen die Mietpreise deckeln.

Wir wollen qualitativ hochwertigen Wohnraum. Jede Wohnung muss den Anforderungen an Sicherheit, Gesundheitsstandards und Energieeffizienz entsprechen. Sie muss es allen ermöglichen, ein gutes Leben zu führen. Wir wollen die Renovierung von Privatwohnungen beschleunigen, indem wir die Eigentümer und Mieter der betroffenen Wohnungen effizienter begleiten und unterstützen.

Wir wollen zahlreiche, zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Wohnungen, da sie Haushalten mit geringem Einkommen preisgünstigen Wohnraum bieten und durch ihre Anzahl den Immobilienmarkt regulieren. Wir setzen uns besonders für die Schaffung neuer öffentlicher Wohnungen und die Altbausanierung ein.

Wir schaffen soziale Mischung mithilfe des Wohnungswesens. Wir streben eine soziale Durchmischung in Städten, Dörfern und Stadtvierteln an und wollen eine Funktionsmischung mit einer Vielfalt an Wohnungen, Dienstleistungen, Geschäften und wirtschaftlichen Aktivitäten entwickeln.

Wir machen das Wohnungswesen zu einem Akteur der ökosozialen Wende. Durch energetische Sanierungen, technologische Innovationen, Recycling und Wiederverwendung von Materialien wollen wir ehrgeizige und nachhaltige Klimaziele und die Dekarbonisierung menschlicher Aktivitäten erreichen.

### **Universelle öffentliche Dienstleistungen**

Öffentliche Dienstleistungen spielen eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft: Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Sicherheit, Justiz, Umweltschutz usw. Öffentliche Dienstleistungen begleiten uns ein Leben lang. Sie schaffen Hunderttausende Arbeitsplätze, um Bedürfnisse zu befriedigen, die der Markt nicht abdeckt, tragen zur Emanzipation bei und verringern Ungleichheiten. Sie verleihen den Werten der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts einen höheren Stellenwert als dem Profit.

Wir haben viel reinvestiert: Einstellung von 5.000 Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, 2.000 Lehrerinnen und Lehrern, 4.000 Polizistinnen und Polizisten, 10.000 Soldatinnen und Soldaten. Mit den Sozialdemokraten und Sozialisten in der Regierung wurden die folgenden Bereiche refinanziert: die Justiz, die Hilfeleistungszonen, die ÖSHZ, die Renten der lokalen Gebietskörperschaften und die Hochschulbildung.

Wir wollen diesen Weg fortsetzen, indem wir qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen anstreben, die für alle offen und zugänglich sind.

Wir werden auch für eine immer besser zugängliche Justiz kämpfen, eine starke und unabhängige Justiz, eine menschlichere Justiz. Wir werden einen neuen Pfeiler der sozialen Sicherheit schaffen, nämlich die Vergemeinschaftung des Justizrisikos durch eine verpflichtende und für alle Bürger geltende Absicherung. Wir werden uns für die außergerichtliche Schlichtung von sozialen Konflikten einsetzen. Wir werden das Angebot an kleinen Freiheitsentzugseinrichtungen wie Haftanstalten und Übergangseinrichtungen erweitern.

Wir wollen mehr Sicherheit, eine zentrale Aufgabe des Staates und ein Instrument im Kampf gegen Ungleichheiten. Wir werden uns für eine bürgernahe Polizei einsetzen, die auf dem neuesten Stand der Technik ist, und werden diese sowohl materiell als auch personell mit den notwendigen Mitteln ausstatten. Wir werden den Zivilschutz in der Fläche neu verteilen. Wir werden das Verteidigungsministerium zu einem strukturellen Partner des Zivilschutzes machen. Wir werden die Akteure und Akteurinnen der lokalen Sicherheit stärken. Wir werden die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Finanzkriminalität und der Ausbeutung verletzlicher Menschen zu einer weiteren Priorität machen. Wir werden die Rolle der Nachrichtendienste bei der Bekämpfung von Falschinformationen und Terrorismus stärken.

### **Emanzipation durch Bildung, Kinderbetreuung, Kultur und Sport**

Wir wollen erreichen, dass jede und jeder ihr/sein volles Potenzial ausschöpft. Wir wollen jede Bürgerin und jeden Bürger, insbesondere die Jüngsten, auf den Weg der individuellen Emanzipation und der persönlichen Entfaltung führen.

Wir sehen die Bildung als Priorität an und werden dies auch weiterhin tun. Wir wollen eine Schule, die befreit und für das Wohlbefinden ihrer Akteure sorgt und die dazu beiträgt, den Lebensweg eines jeden jungen Menschen entsprechend seinen Möglichkeiten und Bestrebungen zu gestalten.

Wir wollen eine gerechtere Schule, die soziale Ungleichheiten beseitigt, allen die gleichen Erfolgchancen bietet und ein gemeinsames intellektuelles, kulturelles und zwischenmenschliches Wissen vermittelt, das für ein selbstbestimmtes und selbstgewähltes Leben notwendig ist.

Wir wollen eine Schule, die die Grundlagen für aktive und verantwortungsbewusste Staatsbürgerschaft legt.

Wir wollen eine Schule, die in der ökosozialen Wende verankert ist und den Schülerinnen und Schülern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern optimale Arbeitsbedingungen bietet, sowohl in den Gebäuden als auch in der pädagogischen Ausstattung.

Wir werden unsere Bemühungen fortführen, die Schulkosten für die Eltern zu senken und eine kostenlose Bildung zu erreichen. Wir werden die Ausweitung der kostenlosen, warmen und gesunden Mahlzeiten auf die gesamte Grundschulbildung weiter vorantreiben. Wir wollen die kostenlose Bereitstellung von Schulmaterial in der Grundschule verstärken und die Kosten für Computermaterial in der Sekundarstufe weitestgehend senken.

Wir werden den Lehrermangel bekämpfen und für das Wohlergehen der Bildungsgemeinschaft am Arbeitsplatz sorgen.

Wir werden die Bildung nach dem 3. Mittelschuljahr konkreter festlegen. Wir werden die Landschaft der berufsqualifizierenden Bildung vereinfachen, um sie übersichtlicher zu gestalten und besser auf die wirtschaftlichen Realitäten abzustimmen. Gleichzeitig werden wir hohe Ansprüche an die allgemeine Grundbildung stellen, die jeden jungen Menschen zu einem selbstständigen, kritischen und verantwortungsbewussten Bürger machen soll, der in der Lage ist, sich in das Berufsleben und in das Leben insgesamt einzugliedern.

Wir werden an der Verbesserung des Wohlbefindens in der Schule arbeiten. Wir wollen verstärkt gegen Mobbing und Gewalt in der Schule vorgehen und die PMS-Zentren refinanzieren, ihre Aufgaben für alle Schüler überdenken und ihnen ermöglichen, auf alle Anfragen nach Interventionen zu reagieren.

Wir werden den Plan zur intensiven Renovierung von Schulgebäuden fortsetzen und umsetzen, um zu gewährleisten, dass jeder Schüler und jede Lehrkraft unter den besten Bedingungen lernen und arbeiten kann.

In der Hochschulbildung werden wir die finanzielle Zugänglichkeit vom Studium durch die Erhöhung der Studienbeihilfen, das Einfrieren der Studiengebühren, die Begrenzung der zusätzlichen Kosten und durch erschwingliche Lehrmaterialien verbessern. Wir wollen, dass jedem Schüler am Ende der Sekundarstufe ein echter Orientierungsplan zur Verfügung gestellt wird, damit er seine Wahl für ein Hochschulstudium treffen kann. Wir wollen Erfolgshilfen in den Kursplan integrieren, um den Zugang zu diesen für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Wir wollen auf die Forschung setzen. Wir werden den nationalen Fonds für wissenschaftliche Forschung (FNRS) und die Universitäten mit Mitteln ausstatten, um risikobehaftete und bahnbrechende Forschung zu betreiben, um den interdisziplinären Ansatz der Forschungsdisziplinen für Herausforderungen wie den nachhaltigen Übergang zu lenken und zu stärken.

Wir wollen einen Pakt zur Beseitigung der Kinderarmut verabschieden, der die Abschaffung der Kinderarmut in 15 Jahren vorsieht und Zwischenschritte zur Erreichung dieses Ziels festlegt. Wir wollen auch die Zahl der Betreuungsplätze erhöhen und eine Versorgungsquote von 50 % erreichen, d. h. einen Betreuungsplatz für zwei Kinder von der Geburt bis zum Alter von zweieinhalb Jahren.

Wir haben ein offenes Ohr für Jugendliche in schwierigen Situationen. Wir wollen die Prävention unterstützen und die tieferen Ursachen der sozialen Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen eine angemessene, ausreichende und schnelle Hilfe für gefährdete Jugendliche und misshandelte Kinder gewährleisten. Wir wollen sicherstellen, dass jedem Jugendlichen, der eine Straftat begangen hat, eine angemessene erzieherische Betreuung zuteilwird. Wir wollen Synergien und Verbindungen zwischen allen staatlichen Behörden und Partnern in

den Sektoren entwickeln, die im Dienste der Kinder und Jugendlichen stehen. Wir wollen die Verwaltung der Jugendhilfe in ihren Aufgaben und ihrer Struktur unterstützen und darauf hinwirken, dass sie ihre Bemühungen um Effizienz, Transparenz und Aufhebung der Grenzen im Dienste der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien fortsetzt.

Für die Sozialdemokraten und Sozialisten hat jeder das Recht auf Kultur. Wir setzen uns daher für eine Kultur der Emanzipation ein, die die Vorstellungskraft anregt, zur Bürgerbeteiligung ermutigt, das Kulturerbe weitergibt und entsprechend den individuellen und kollektiven Empfindlichkeiten und Eigenheiten gelebt wird; eine Kultur, die die Vielfalt der Wege fördert und alle Ausdrucksformen begünstigt.

Wir wollen Künstlerinnen und Künstler und im weiteren Sinne alle Kunst- und Kulturschaffende anerkennen, schützen und begleiten.

Wir betonen den grundlegenden Ansatz des lebenslangen Lernens, der angesichts der aktuellen demokratischen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen von größter Bedeutung ist.

Wir wollen das künstlerische Schaffen durch die Einrichtung eines Fonds für künstlerische Forschung, die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten und die Unterstützung aufstrebender Künste und interdisziplinärer Werke fördern.

Darüber hinaus haben wir das Ziel, jedem Bürger die Möglichkeit zu bieten, sich mehr zu bewegen, um besser zu leben. Wir wollen die noch immer bestehenden Barrieren im Sport abbauen: Erschwinglichkeit, Zugangsschwierigkeiten oder auch fehlende Infrastruktur. Wir wollen Sportpauschalen oder -abonnements einführen, die Zugang zu einer Reihe von Aktivitäten und Sporteinrichtungen bieten. Wir wollen dem Frauensport einen höheren Stellenwert verleihen, indem wir Frauensportwettbewerbe in den Vordergrund stellen und weibliche Athleten hervorheben. Wir wollen Vereine dazu ermutigen, Behindertensport in ihr Angebot aufzunehmen.

### **Vertiefung der Demokratie**

Die Sozialdemokraten und Sozialisten sind zutiefst mit der Demokratie, ihren Werten und ihren Grundsätzen verbunden. Daher wollen wir eine Demokratie fördern, die für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung ist, eine universelle und inklusive Demokratie, eine starke Demokratie, die denjenigen standhalten kann, die ihr ein Ende setzen wollen.

Wir wollen die Grundlagen der Demokratie schützen und bekräftigen, d. h. Rechtsstaatlichkeit, Laizität, Gewaltenteilung und -ausgleich, eine starke, unabhängige und zugängliche Justiz, ein Gleichgewicht zwischen Kontrollierten und Kontrollierenden, die Achtung der Grundrechte und -freiheiten aller Bürger und die Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung.

Wir wollen die Demokratie durch eine höhere Bürgerbeteiligung stärken. Wir wollen partizipativere, kritischere, gerechtere und transparentere demokratische Prozesse, die den Bürgern mehr Einfluss auf politische Entscheidungen geben.

Wir wollen eine klare Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten und einen ständigen Kampf gegen ihre Ideen bewahren, indem wir unüberwindbare Barrieren gegen alle Feinde der Demokratie errichten, das Volk darüber aufklären, was Demokratie bedeutet, die Verbände und Organisationen bei der Verteidigung des Demokratiemodells stärken, als politische Akteure ein ethisches und deontologisches Beispiel sein und die Rolle der gewählten Volksvertreter stärken, insbesondere als Vermittler im Dienste der Bürger.

Wir wollen Mechanismen der partizipativen Demokratie entwickeln, wie Bürgerausschüsse, Bürgerhaushalte oder beschlussfassende Versammlungen.

Wir wollen die Demokratie durch öffentliche Dienstleistungen, Sozialschutz sowie soziale und ökologische Gerechtigkeit stärken. Wir wollen die Ausübung der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten garantieren.

Wir wollen die allgemeine Wahlpflicht schützen, denn sie sorgt dafür, dass bei den Wahlen die Interessen aller Bürger berücksichtigt werden.

### **Der Schutz von Freiheit und Kampf gegen Diskriminierung**

In einer freien Welt hat jede und jeder das Recht, ihr oder sein Leben so zu führen, wie sie oder er es für richtig hält, und zwar ohne Gefahr.

Dennoch erleben wir einen Aufschwung extremistischer oder fundamentalistischer Diskurse, die sich gegen Frauen, Arme, Migranten und LGBTQIA+-Personen richten. Angesichts dieser Gefahren muss der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus bekräftigt und jede Form von Hass und Diskriminierung konsequent verfolgt werden.

Frauen müssen frei über ihr Leben entscheiden können, ohne Druck ausgesetzt zu sein. Wir wollen den Geburtsurlaub verlängern und obligatorisch machen, die Parität in allen Führungspositionen und auf allen Verwaltungsebenen durchsetzen und den öffentlichen Raum mit Frauen besetzen.

Jeder Mensch ist Herr seines eigenen Körpers und muss frei über ihn entscheiden können. Wir wollen das Recht auf Abtreibung garantieren und stärken, indem wir die Möglichkeit der Abtreibung auf die 18. Schwangerschaftswoche ausweiten.

Jede und jeder muss in ihrer oder seiner kulturellen, konfessionellen und geschlechtlichen Identität respektiert werden. Keine Art von Diskriminierung darf toleriert werden. Wir wollen die Laizität in der Verfassung verankern. Wir wollen die Nicht-Binarität in unserer Gesetzgebung berücksichtigen. Wir wollen einen neuen interföderalen Aktionsplan gegen Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTQIA+-Personen ausarbeiten.

Jeder Mensch ist Herr seines Gewissens und muss seine Meinung, seine Werte und seine Überzeugungen ohne Bedrohung und Gefahr auf der Straße oder in sozialen Netzwerken äußern können. Wir wollen Artikel 150 der Verfassung überarbeiten, um der Straffreiheit für diskriminierende Pressedelikte ein Ende zu setzen.

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer muss sich verteidigen können, ohne Beeinträchtigung in ihre oder seine Gewerkschaftsrechte und -freiheiten. Wir wollen die Gewerkschaftsrechte und -freiheiten, insbesondere das Streikrecht und das Demonstrationsrecht, garantieren.

### **Die Welt verändern**

Die Welt wird jeden Tag unsicherer: Klimaveränderungen, Kriege an den Toren Europas, im Nahen Osten und im Osten Kongos, Staatsstrieche in Afrika, Siege autoritärer Herrscher.

Der Sozialismus war schon immer eine Philosophie der internationalen Solidarität. Gemeinsam mit unseren europäischen Genossen und innerhalb der Sozialistischen Internationale wollen wir den Kampf gegen globale Gewalt und Ungleichheit verstärken.

Wir plädieren für eine Regulierung des Handels, um unsere Landwirte und Arbeitsplätze zu schützen und Umwelt- und Klimaschäden zu bekämpfen.

Wir plädieren für einen Grünen Fonds zur Unterstützung von Ländern, die unter Klimaveränderungen leiden, und für eine bessere Finanzierung der Entwicklungshilfe.

Wir plädieren für die Bekräftigung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und des multilateralen Rahmens der Vereinten Nationen.

Wir plädieren für geordnete Migrationsströme und eine würdevolle Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und Diktatur, Natur- und Klimakatastrophen fliehen. Wir wollen klare, objektive und dauerhafte Kriterien für die individuelle Regularisierung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und diese gesetzlich verankern.

Wir plädieren für die systematische Berücksichtigung der Geschlechterfrage bei der Erstellung von Kooperationsprogrammen.

Wir plädieren für ein soziales Europa, das Steuerwettbewerb und sozialen Wettbewerb bekämpft. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in jedem EU-Mitgliedstaat, der 60% des mittleren Lohns in jedem Land entspricht.

Wir plädieren für ein industrielles Europa. Wir unterstützen die Entwicklung einer ehrgeizigen Industriepolitik, insbesondere für strategische grüne Technologien, wobei Instrumente der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Vordergrund stehen sollten.

Wir plädieren für ein gerechtes europäisches Steuersystem, das Vermögen besteuert, um die wirtschaftliche und soziale Wende zu finanzieren.



Wir plädieren für ein demokratisches Europa, indem wir eine ständige, beschlussfähige Europäische Bürgerversammlung einführen, die sich aus per Los ausgewählten EU-Bürgern zusammensetzt.

### **Steuerliche Gerechtigkeit**

Wir setzen uns für mehr steuerliche und soziale Gerechtigkeit ein, damit die Besteuerung von Arbeitseinkommen gesenkt wird und jede und jeder entsprechend der eigenen Mittel und unabhängig von der Einkommensquelle einen gerechten Steuerbeitrag leistet.

Wir wollen die Gehälter für Niedrig- und Mittelverdiener durch eine Steuersenkung um 300 Euro netto pro Monat erhöhen.

Wir wollen eine Steuer auf Großvermögen.

Wir wollen Kapitaleinkommen stärker besteuern, insbesondere durch eine Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Finanzinstrumenten (Aktien, Anteile, Anleihen usw.).

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf bestimmte Lebensmittel, intime Hygieneprodukte und tierärztliche Behandlungen senken.

Wir wollen die Steuergesetzgebung durch die Bereinigung von Gesetzeslücken und die Automatisierung von Steuervergünstigungen vereinfachen.

Wir wollen die effektive Besteuerung für Großunternehmen durch eine Reform der Unternehmenssteuer stärken.

Wir wollen eine Steuerprogression bei den Eintragungsgebühren einführen und die Progression bei den Erbschaftssteuern verstärken.

Wir wollen den Kampf gegen Steuer- und Zollbetrug verstärken, Steuerflucht und Steueroptimierung verhindern – international, in Europa und in Belgien.